

Stadtgrün

IN DIESER AUSGABE

BILDUNG

Digitalisierung und Bildung:
„Bildung 4.0“ Seite 2

DATENSCHUTZ

Datensparsamkeit, Datensicherheit
und selbstbestimmter Umgang mit
Daten Seite 3

VERWALTUNG

Transparenz, Mitgestaltungs- und
Beteiligungsprozesse stärken
Seite 5

AUS DEM UMWELTREFERAT

Vernetzte Mobilität, smarte
Verwaltung Seite 7

AUS DEM BUNDESTAG

Wir gestalten die digitale Welt
Seite 10

SMART CITY

Digitalisierung - Chance für eine
nachhaltige Stadtentwicklung?
Seite 12

AUS DEM LANDTAG

Digitalisierung - gute Lösungen für
alle! Seite 14

ARBEITSWELT 4.0

Chancen für Flexibilisierung nutzen,
Arbeitsschutzrechte verteidigen,
Sozial- und Arbeitsstandards
weiterentwickeln Seite 15

EDITORIAL

Digitalisierung als Herausforderung und Chance - auch für die Kommunen

– von Martina Wild



Der digitale Wandel wirft grundlegende Fragen auf: politische, rechtliche, technische, persönliche, ökologische, ethische, soziale und nicht zuletzt kulturelle. Die Digitale Zukunft braucht deshalb eine Gesamtstrategie, die alle diese Fragen beantwortet sowie Chancen und Risiken beachtet und abwägt.

Dies betrifft nicht nur die Bundes- und Landesebene. Auch auf kommunaler Ebene gibt es vielfältige Handlungsfelder für eine politische Gestaltung von Digitalisierung. Es fängt an bei der „Digitalisierung der kommunalen Verwaltung“ mit ihren verschiedenen Bereichen E-Government, Open Government, Transparenz, Informationsfreiheit, Bürger*innenbeteiligung und Datenschutz. Es geht um die zukünftige Gestaltung von Arbeitsplätzen, auch im öffentlichen Bereich, und um den Einzug der Digitalisierung in Bildungsorte und insbesondere in Schulen. Es betrifft die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung im Verkehrs-, Energie- und Umweltbereich wie in der Stadtplanung (Stichwort

Smart City). Und immer geht es natürlich um die Notwendigkeit, die dafür nötige Infrastruktur bereit zu stellen.

Wir GRÜNEN sehen die Digitalisierung als Herausforderung, die verantwortungsbewusst von der Politik gestaltet werden muss. Es gilt daher, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die Risiken zu minimieren, um eine zukunftsfähige und gerechte gesellschaftliche Entwicklung zu erreichen. Wir sind der Meinung, dass Digitalisierung nicht den Wirtschaftskonzernen überlassen werden darf. Und Digitalisierung darf nicht „einfach so“ geschehen. Unser Leitbild für eine politische Gestaltung des Digitalisierungsprozesses sind dabei mündige Bürger*innen in der digitalen Welt. Grenzen müssen wir dort setzen, wo die Freiheit eingeschränkt wird und der Datenschutz und die Arbeitnehmer*innenrechte ausgehöhlt werden. Welche Vorstellungen und Forderungen wir GRÜNEN hierzu haben, wollen wir in diesem STADTGRÜN aufzeigen.



Digitalisierung und Bildung: „Bildung 4.0“

– von Martina Wild

Die Digitalisierung verändert auch das Lehren und Lernen im Bildungsbereich. Für alle Beteiligten bedeutet das, mit ganz neuen pädagogischen Herausforderungen konfrontiert zu werden. Zugleich stellen sich neue Anforderungen an die Ausstattung der Bildungseinrichtungen und Klassenzimmer, neue Arbeitsmittel wie digitale Geräte und Medien werden zur Verfügung zu stellen sein.



Im Mittelpunkt stehen die Fragen: Was bedeutet Digitalisierung für die Bildung der Zukunft? Wie können Lernende und Lehrende von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren? Und wo ist Vorsicht geboten? Wie gehen wir mit den unterschied-

lichen Bildungsorten jeweils um? Fragen nach den Folgen, Chancen und Risiken der Digitalisierung berühren den pädagogischen Alltag aller Bildungseinrichtungen.

Digitalkunde in die Lehrpläne

Wir lernen nicht für die Schule sondern für das Leben. Wenn neue Techniken und Medien das Leben bestimmen, kann Schule nicht bleiben wie sie ist. Sie muss diese Themen aufgreifen und den Schüler*innen die entsprechenden Kompetenzen vermitteln. Dazu gehört

es, Fakten von Fake News zu unterscheiden, zu wissen, wie soziale Netzwerke funktionieren und wie man sich sicher im Netz bewegt. Zu reflektieren, welche Möglichkeiten, aber auch Gefahren dort

warten und zu lernen, wie man sich zum Beispiel gegen Cyber-Mobbing wehrt. Wir wollen, dass junge Menschen gut auf das digitale Zeitalter vorbereitet werden. Sie sollen souverän und verantwortungsvoll mit digitalen Medien umgehen, Informationen einordnen und bewerten können.

Ganztägige Schulangebote, die die digitale Welt mit einbeziehen

Kommunale Medienentwicklungskonzepte entwickeln

Die Stadt Augsburg braucht ein Gesamtkonzept zur Digitalisierung von Schulen und Bildungseinrichtungen. Dies muss sowohl die Ziele und Standards für eine Digitalisierungs- und Medienentwicklungskonzeption benennen als auch die nötigen Umsetzungsschritte, den zeitlichen Rahmen und die hierfür benötigten finanziellen und personellen Mittel. Hierbei müssen selbstverständlich die Schulen einbezogen werden, die wiederum einzelne Medienentwicklungspläne und Profile erarbeiten.

Qualifiziertes Personal

Um Medienkompetenz, Künstliche Intelligenz, maschinelles Lernen und Informatik vermitteln zu können, brauchen wir entsprechend ausgebildete Pädagog*innen. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrer*innen muss dafür dem digitalen Zeitalter angepasst werden. Nur dann können die Chancen, die sich durch die Nutzung digitaler Medien für Lehren und Lernen ergeben, auch genutzt werden.

Chancen- und Bildungsgerechtigkeit in der digitalen Welt

Die Bürger*innen wollen endlich einen Aufbruch für gute, moderne und ganztägige Schulangebote, die selbstverständlich heute die digitale Welt mit einbeziehen. Von diesem Aufbruch sollen alle Schüler*innen profitieren - unabhängig von Herkunft, Einkommen und Bildung der Eltern. Bisher trägt die Digitalisierung aber zur Verschärfung der Ungleichheiten bei. Es darf nicht sein, dass gerade Schulen in schwierigen Lagen bei der digitalen Ausstattung hinterher hinken und deren Lehrer*innen, weil sie eh schon viele andere Herausforderungen meistern müssen, die Chancen der Digitalisierung mit den Kindern weniger nutzen. Wir wollen daher die Schulen entschlossener unterstützen, um allen Lehrer*innen das Lehren und allen Schüler*innen das Lernen für die digitale Welt zu ermöglichen: durch eine zeitgemäße und flächendeckende digitale Schulausstattung, aber auch durch mehr pädagogisches Personal und mehr Geld gerade für Schulen in benachteiligten Stadtquartieren.

Voraussetzung Infrastruktur

Klar ist: Ohne schnelle Datenleitungen sowie zeitgemäße und leistungsfähige Ausstattung der Schulen geht gar nichts. Unsere Schulen brauchen deshalb insbesondere: Einen Anschluss an das Breitbandnetz, eine flächendeckende Netzinfrastruktur für das komplette Schulgebäude, eine Ausstattung mit digitalen Endgeräten und digitalen Lehr- und Lernmedien. Zukünftig ist zudem IT-Personal nötig, das dafür sorgt, dass diese Technik auch funktioniert - statt wie bisher eine Lehrkraft zusätzlich mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Digitalisierung als Gemeinschaftsaufgabe

Die Finanzierung dieser Zukunftsaufgabe darf nicht allein den Kommunen überlassen werden. Und es darf nicht von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune abhängen, ob und wie die Digitalisierung in den Schulen überhaupt umgesetzt werden kann. Freistaat und Bund müssen die Kommunen daher finanziell massiv unterstützen. Wir brauchen klare und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattete Förderprogramme. Ob die bisher in Aussicht gestellten Programme - die Bundesförderprogramme DigitalPakt Schule

sowie die Bayerischen Förderprogramme BAYERN DIGITAL II - hierfür ausreichen, darf bezweifelt werden. Denn Digitalisierung ist nicht zeitlich begrenzt. Zudem ist endlich das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz an die Voraussetzungen des Internet- und Computerzeitalter anzupassen.

Alle Bildungsorte in den Blick nehmen

Im Mittelpunkt der Debatten steht derzeit die Digitalisierung von Schule. Die digitale Transformation betrifft selbstverständlich alle Bildungsstufen - von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen. Daher sind auch für Kindergärten, Jugendtreffs oder die vhs pädagogisch qualitätsvolle und technisch adäquate Medienkonzepte zu entwickeln. Auch die Augsburgener Museen sind in den digitalen Wandel mit einzubeziehen, um ein breiteres Publikum, v.a. auch ein jüngeres Publikum einzuladen, in einen aktiven Dialog mit ihnen zu treten. Über soziale Medien lassen sich Zugänge innerhalb der Vermittlungs-, Sammlungs- und Ausstellungsaktivitäten schaffen - angefangen von der Nutzung digitaler Datenbanken, über Besuchervotings für Exponate bis hin zu CoKuratorenenschaft bei der Erarbeitung von Ausstellungen, auch unter Einbeziehung von Schulen.

DATENSCHUTZ

Datensparsamkeit, Datensicherheit und selbstbestimmter Umgang mit Daten

– von Verena von Mutius

Die Digitalisierung ermöglicht eine Optimierung der Prozesse. Wir können Produktion, Vertrieb und Konsum sparsamer, effizienter und damit auch nachhaltiger und verbraucherfreundlicher machen.

Im Bereich der kommunalen Verwaltung ermöglicht die Digitalisierung eine transparente und barrierefreie Kommunikation der Bürger*innen mit der Verwaltung auf Augenhöhe und den Aufbau eines übergreifenden benutzerfreundlichen Web Portals für Dienstleistungen der öffentlichen Hand. Dieser Weg ist für uns Grüne jedoch immanant mit der Datensparsamkeit und Datensicherheit verbunden, denn ansonsten droht die Verletzung von Daten- und Verbraucherschutz und die Anwender*innen werden zu „gläsernen“ Menschen.

Die Folgen der Verarbeitung personenbezogener

zoger Daten betreffen uns täglich:

Individuell berechnete Krankenversicherungsbeiträge, maßgeschneiderte Werbeangebote, der in Echtzeit berechnete Preis aus den Daten von Onlineshop-Besucher*innen. Ausgeklügelte Algorithmen, große Datenmengen (Big Data) und die umfassende Erfassung und Vernetzung aller Lebenssachverhalte und Meinungsäußerungen erfordern einen starken Datenschutz und klare Regelungen zur Weitergabe und Löschung von erhobenen Daten.

Ein erster wichtiger Schritt hierzu ist die



neue Datenschutzgrundverordnung.

Datenschutzgrundverordnung

Vorweg: Geschützt werden nicht Daten, sondern nur personenbezogene Daten anhand derer ein Mensch identifizierbar wird, es geht um den Schutz des betroffenen Menschen.

Am 25. Mai 2018 trat die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Sie bietet mehr Schutz vor Datenmissbrauch, vor diskriminierenden Entscheidungen auf der

Basis von gesammelten Daten oder willkürlicher Überwachung im Alltag. In der Praxis stehen hierbei neben dem verstärkten Schutz personenbezogener Daten – die Auskunftsrechte, das Recht auf Datenlöschung - die verschärften Sanktionsmöglichkeiten zur Umsetzung des bereits bestehenden Datenschutzrechtes im Mittelpunkt. Auch in den kommunalen Verwaltungen müssen Strukturen und Prozesse geschaffen werden, um die Anforderungen der DSGVO erfüllen zu können. Die DSGVO verbietet nicht generell die Speicherung von Daten z.B. für die Beantragung einer Baugenehmigung, sondern will vor allem die Speicherung von Daten für z.B. Werbezwecke und die Führung

von Daten in Verzeichnissen verhindern. Die Kommunen müssen jetzt selbst ein Datenverarbeitungsverzeichnis führen, um jederzeit transparent darstellen zu können, welche Daten sie verarbeiten, zu welchem Zweck und an wen die Daten weitergegeben werden.

Ressourcen für erfolgreiche Datenschützer

Datenschutzbeauftragte gibt es bei den verschiedenen Behörden. Oft sind dies jedoch Zusatzfunktionen zu bestehenden Aufgaben

ohne eigene Strukturen mit Mitarbeiter*innen. Für einen erfolgreichen Datenschutz ist jedoch eine gute personelle Ausstattung und eine Besetzung mit Personen, die Fachwissen im Datenschutzrecht besitzen zwingend notwendig. Für die stärkere Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen beim Datenschutz und eine bessere personelle Ausstattung der städtischen Datenschützer*innen werden wir uns als GRÜNE einsetzen.

Digitale Bürgerrechte schützen

Das neue bayerische PAG ermöglicht polizeiliche Maßnahmen, wozu auch die Überwachung des digitalen Verhaltens wie dem Smartphone gehört, zu einem viel früheren Zeitpunkt von Ermittlungen durch die Einführung der "drohenden Gefahr". Die Kommunen können das PAG nicht ändern. Die digitalen Bürgerrechte sind damit in Bayern mehr denn je bedroht. Auch in Augsburg werden die Rufe nach präventiver Videoüberwachung im öffentlichen Raum immer lauter. Die Maxstrasse oder andere Bereiche der Innenstadt werden hier genannt. Ebenso steht die Videoüberwachung öffentlicher Gebäude zur Debatte. Wir GRÜNE setzen uns in Augsburg dafür ein, dass die Videoüberwachung an öffentlichen Gebäuden unterbleibt und die digitalen Bürger*innenrechte geschützt werden.

Selbstbestimmter Umgang mit Daten

Neben allen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz der persönlichen Daten ist es unabdingbar, dass auch jede/r Einzelne selbstbestimmt mit seinen Daten umgeht und sich frei entscheidet, wieviel Digitalisierung nötig ist und welche Daten dafür preisgegeben werden. Dazu müssen die Menschen über die Folgen der Datenfreigabe aufgeklärt werden. Dies muss in den Schulen aber auch durch die gesellschaftliche Auseinandersetzung z.B. im Rahmen von Theaterstücken passieren.



AUS DEN REGELUNGEN DER NEUEN DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG FOLGT:

- die Pflicht zur Dokumentation der weitreichenden Informationspflichten bei der Datenerhebung gegenüber betroffenen Personen aufgrund der daraus resultierenden neuen Sanktionsmöglichkeiten
- der Anspruch, dass jede Person innerhalb eines Monats Auskunft darüber erlangen muss, welche Daten über sie gespeichert sind und, sofern Daten gespeichert sind, der grundsätzliche Anspruch auf Löschung
- die Pflicht von Unternehmen und der Verwaltung die Verletzung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen beim Umgang mit personenbezogenen Daten an die zuständige Aufsichtsbehörde und die betroffene Person zu melden
- die Pflicht, dass die Kommune ein umfassendes Verzeichnis führt, in welchen z.B. Computerprogrammen oder anderen Listen personenbezogene Daten verarbeitet werden
- die Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung sofern persönliche Daten erhoben werden

Transparenz- und Beteiligungsprozesse stärken

– von Dr. Pia Haertinger und Verena von Mutius

Per App das Auto ummelden, Hartz IV beantragen, oder sich bei der Stadtentwicklung beteiligen? Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Auch die kommunalen Verwaltungsstrukturen bedürfen dringend einer Umgestaltung und Anpassung an die zunehmend digitalisierten Lebenswelten der Bürger*innen. Nur so lassen sich die Erwartungen und Anforderungen der Menschen und der Wirtschaft an eine zeitgemäße Verwaltung als moderner Dienstleister erfüllen.

Digitalisierung im öffentlichen Bereich bietet die Chance, finanzielle, organisatorische und zeitliche Ressourcen effizienter und zielgenauer einzusetzen, Bürger*innen und Unternehmen zu entlasten sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die Stadtverwaltung Augsburg hat damit begonnen, sich dieser Zukunftsaufgabe zu stellen, ist jedoch noch weit entfernt von einer allumfänglichen internen Prozessoptimierung und einem modernen Bürgerportal.

Das Erledigen von Behördengängen übers Internet ist zwar in gewissen Teilen auch in Augsburg bereits möglich, doch für viele Angelegenheiten ist immer noch ein persönliches Erscheinen Pflicht, ebenso eine Bewerbungsabgabe via Papier. Am Beispiel der digitalen Steuererklärung, die mit einer entsprechenden Authentifizierung bereits komplett online eingereicht werden kann, lässt sich ablesen, dass nicht nur der Kunde oder die Kundin Papier, Porto und bei den nachfolgenden Steuererklärungen Zeit spart, sondern auch die Steuerverwaltung davon profitieren kann.

GRÜNES Ziel der Digitalisierung: Transparenz-, Mitgestaltungs- und Beteiligungsprozesse stärken, Dienstleistungen bürgerfreundlich anbieten.

Digitalisierung in Form von E-Government ermöglicht es, Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Sie bietet Bürger*innen neue Ansatzpunkte für Mitgestaltungs- und Beteiligungsprozesse.

GRÜNE Forderung: Bei allem Wissen um

mögliche Risiken – müssen hierzu klare, politische Zielsetzungen erarbeitet und schnell in konkretes Handeln umgesetzt werden.

Um dies zu erreichen wurde aufgrund eines gemeinsamen Antrags von GRÜNEN, CSU und SPD die Verwaltung durch einen Grundsatzbeschluss des Stadtrats vom 26.07.2018 beauftragt, eine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten, die auch den „Smart-City-Ansatz“ berücksichtigt (siehe Beschluss vom 26.07.2018 und Antrag vom 14.05.2018).

GRÜNE Forderung: Für diese Arbeit sollen die benötigten finanziellen wie auch personellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Transparenz und Digitalisierung

Einführung eines Öffentlichen Ratsinformationssystems

Seit dem 16.01.2017 ist das Ratsinformationssystem (RIS) der Stadt Augsburg auch für alle Bürger*innen zugänglich. Unter der Adresse <https://ratsinfo.augsburg.de> besteht nun die Möglichkeit, über den Kalender die jeweiligen Sitzungstermine des Stadtrats

und seiner Ausschüsse, die öffentlichen Tagesordnungen dieser Gremien sowie die öffentlichen Sitzungsunterlagen einzusehen. Für das Nachvollziehen des politischen Prozesses ist es jedoch auch wichtig, dass der Verlauf einer Sitzung nachgelesen werden kann.

Wir Grüne werden uns erneut dafür einsetzen, dass die Protokolle zeitnah ins Internet gestellt werden und es einen Livestream aus den öffentlichen Sitzungen gibt.

Taschenhaushalt

Auch der städtische Haushalt wurde auf Antrag der GRÜNEN im Internet graphisch

Persönliches Erscheinen in Behörden muss überflüssig werden

aufbereitet um so für die Bürgerschaft lesbarer und verständlicher zu werden. Ein bedeutender Fortschritt beim sensiblen Thema Geld, wenn man bedenkt, dass bisher nur mehrere hundert Seiten als PDF zum Download zur Verfügung standen.

Informationsfreiheitsgesetz der Stadt Augsburg

Mit Beharrlichkeit und Ausdauer ist es der GRÜNEN Stadtratsfraktion gelungen, dass am 1. Oktober 2014 endlich die städtische Informationsfreiheitsgesetz in Kraft trat. Diese ermöglicht den Einwohner*innen einen grundsätzlich freien Zugang zu Informationen, die bei der Stadt Augsburg im eigenen Wirkungskreis vorhanden sind. Neu ist, dass nun nicht mehr nur Betroffene oder Verfahrensbeteiligte Informationen aus städtischen Akten verlangen dürfen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können, sondern alle. Diese Möglichkeit ist vielen Bürger*innen bisher kaum bekannt. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass hierzu eine Informationskampagne stattfindet.

Beteiligung und Digitalisierung

Online-Dialog zum Thema Integrierte Stadtentwicklung

Viele Menschen informieren sich nur noch über Facebook oder Twitter und andere soziale Medien. Deswegen ist es wichtig, dass die Verwaltung ihre Kommunikation in diesen Kanälen verstärkt und aktive Möglichkeiten der Onlinebeteiligung bietet.

Dienstleistung und Digitalisierung

Mülltermine aufs Handy: die aws-App

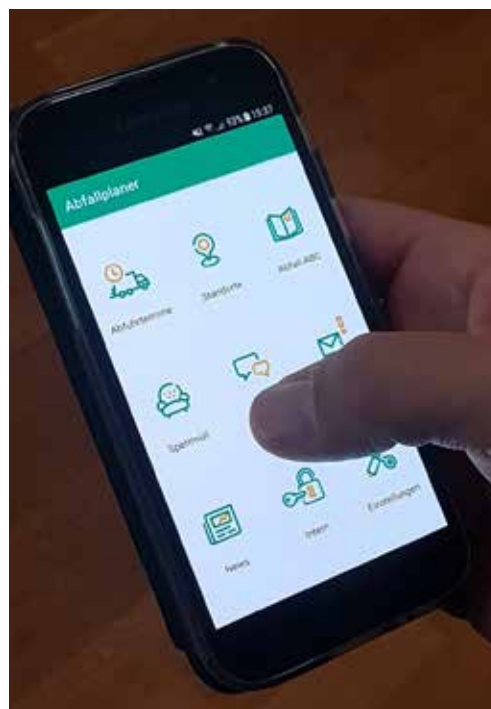
Ab sofort erinnert der Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb (aws) per App, wann welche Tonne geleert wird. Mit der App können sämtliche Serviceangebote des aws in Anspruch genommen werden. Man kann einen Sperrmüll-Termin buchen, nachsehen, wo welcher Container steht, oder eine Reklamation verschicken. Die kostenfreie aws-App ist auf Google Play und im App Store verfügbar – unter dem Namen „Abfallplaner AWS“. Die aws-App soll die Bürger*innen zudem dabei unterstützen, umweltbewusst zu handeln – zum Wohl einer sauberen und lebenswerten Stadt.

Fazit

Die vorgenannten Beispiele machen deutlich, dass es darum geht, die Daseinsvorsorge zu verbessern. Die Möglichkeit der Nutzung digitaler Angebote, Informationen und Beteiligungsformen setzt jedoch voraus, dass alle einen Zugang zu Internet und Computern haben, was aber nicht bei allen Bürger*innen der Fall ist. Deshalb müssen neben dem Ausbau der öffentlichen Hot Spots, Bibliotheken und Stadtteilbüros mit frei zugänglichen PCs und Internet ausgestattet und durch qualifizierte Ansprechpartner*innen zur Hilfestellung begleitet werden.

Um im Prozess der Digitalisierung voranzukommen, ist es erforderlich, dass die Kommunen auf Augenhöhe in alle nationalen und länderübergreifenden Prozesse mit eingebunden werden. Wir brauchen flächendeckend ein leistungsfähiges Breitband, mehr Finanzmittel und eine kluge Strategie für die Aus- und Weiterbildung.

Leuchtturmprojekte wie in den Kommunen Heidelberg, Karlsruhe und Tuttlingen und in Ländern wie Dänemark, den Niederlanden und Schweden sind gute Vorbilder. In Zukunft sollte es auch in Augsburg möglich sein, dass jede Behörde mit Kundenkontakt eine eigene App zur Interaktion mit den Bürger*innen hat sowie alle Dienstleistungsangebote auch landesweit auf einer Plattform abrufbar und miteinander vernetzt sind.



Vernetzte Mobilität, smarte Verwaltung

– von Reiner Erben



Augsburg im Digitalisierungs-Wandel

Einfach in Tram oder Bus in Augsburg einsteigen, losfahren und am Ziel aussteigen? Kein Gesuche nach dem günstigsten Tarif. Kein Abwägen, ab wie vielen Fahrten sich ein Abo lohnt. Zukunftsmusik, Science-Fiction, Utopie?

Nein. Das System dahinter wird schon in Städten, wie London, Amsterdam, Lissabon oder Singapur eingesetzt. Es heißt Check-in, Check-out (CICO). Eine Chipkarte erfasst die zurückgelegte Entfernung. Kund*innen erfahren individuell zugeschnitten die günstigste Option für sie.

Neu ist nun das digitale Modell: Be-in, Be-out. Hier wird die Chipkarte durch das Smartphone ersetzt. Der Vorteil liegt auf der Hand. Flexibel kann jede*r mit entsprechender App das System nutzen: Tourist*innen, Spontan-Fahrer*innen oder Geschäftsreisende.

Auch in Augsburg wird über ein solches

System nachgedacht. Die Investitionskosten werden auf 300.000 Euro geschätzt. Dass Augsburg an solchen Systemen interessiert ist und Förderanträge stellt, ist dem Masterplan nachhaltige und

emissionsfreie Mobilität zu verdanken.

Umweltfreundlich, auf das jeweilige Mobilitätsverhalten zugeschnitten und öffentlich. So will Augsburg die Mobilität in Zukunft ausrichten. Digitale Projekte sind hierbei wesentliche Bestandteile. So wird eine neue Mobilitäts-App entwickelt, die viele einzelne Apps vereint und benutzer*innenfreundlich aufgebaut ist. Digitale-Apps sind maßge-

schneidert auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Nutzer*innen. Wenn eine Strecke zum Teil mit dem Carsharing-Auto, dann mit der Tram und vielleicht spontan noch mit dem Leihrad zurückgelegt wird, bündeln, steuern und organisieren digitale Systeme die einzelnen Abschnitte zu einer einfach zu nutzenden Strecke.

Die Digitalisierung und neue Computersysteme werden immer wichtiger in unserer städtischen Infrastruktur. Intelligente Ampelschaltungen, ein stadtweites Verkehrs-Datennetzwerk, Dauerzählstellen für den Radverkehr oder WLAN-Bandbreitenerweiterung in Bus und Straßenbahn. Auch neue verbesserte digitale Fahrgastinformationen an Haltestellen und in den Sozialen Netzwerken gehören zur Digitalisierungsoffensive der Stadt.

Masterplan nachhaltige und emissionsfreie Mobilität

In Augsburg kommt es wie in vielen anderen Großstädten zu regelmäßigen Überschreitungen des Grenzwertes für Stickstoffdioxid, überwiegend verursacht durch den Verkehr mit Dieselfahrzeugen. Die Stadt Augsburg hat innerhalb von vier Monaten den Masterplan nachhaltige und emissionsfreie Mobilität aufgestellt. Hier werden Rahmenbedingungen und inhaltliche Schwerpunkte zusammengeführt und Ziele benannt.

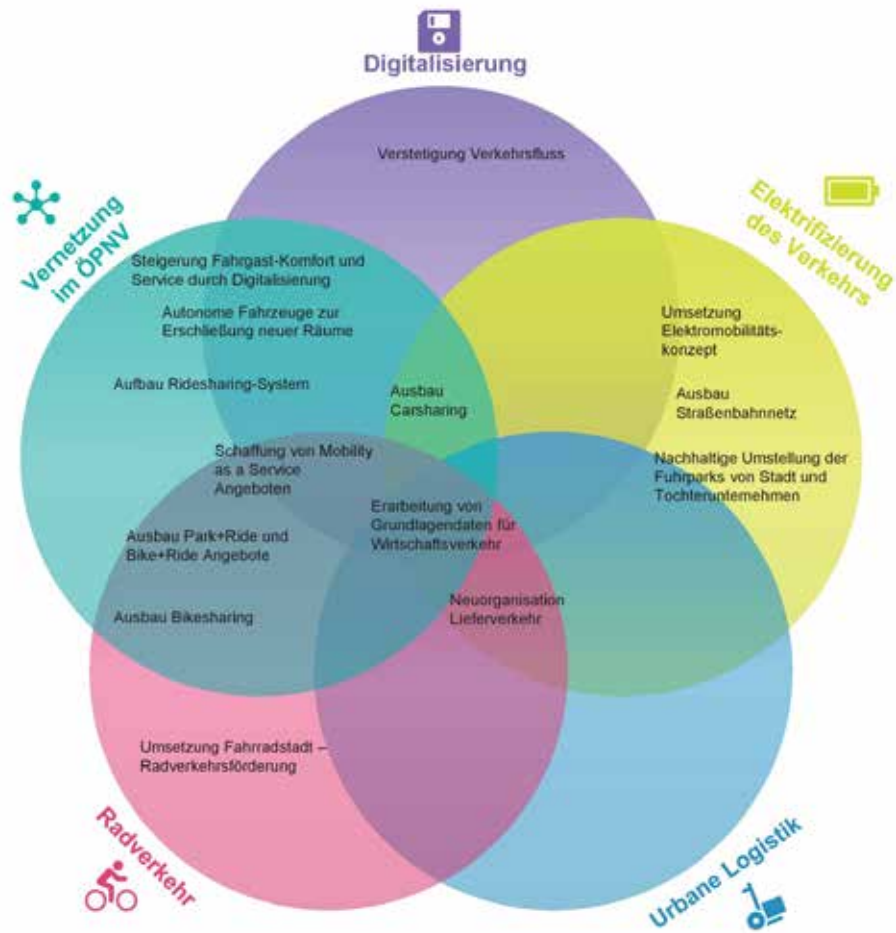
So wurde die Grundlage dafür gelegt, wie in Augsburg in den nächsten Jahren umwelt- und benutzerfreundliche Mobilität um- und ausgebaut werden muss. Auch Bund und Länder haben erkannt: Wir müssen jetzt handeln, um die Mobilität für alle zu sichern. Wir stellen jetzt die Weichen, um die Gesundheit und die Umwelt zu schützen und um die Aufenthalts- und Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern. Ein Maßnahmen-Schwerpunkt ist hier die Digitalisierung.

Digitalisierung und Vernetzung im ÖPNV

Intelligente Verkehrssysteme, die Daten generieren, in Echtzeit bereitstellen, vernetzen und verarbeiten: Dies kann für einzelne

Neue Mobilitäts-App wird Verkehrsträger intelligent vernetzen

Masterplan nachhaltige und emissionsfreie Mobilität Augsburg



Verkehrsmittel separat bestehend aber im besten Fall auch Verkehrsmittel übergreifend geschehen. Ziel ist es also, bestehende Verkehrsmittel zu optimieren und zu vernetzen, um das Gesamtsystem nachhaltiger zu gestalten. Auch die Erfassung und Erarbeitung von Grundlagendaten ist ein Schwerpunkt des Masterplans.

optimieren.

Der Schwerpunkt Digitalisierung und Vernetzung heißt nun konkret: Wegeketten durch die Bereitstellung datenbasierter Angebote zu optimieren und attraktiver zu gestalten. Langfristig soll dadurch die Gesamtattraktivität nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität steigen.

Wir müssen jetzt handeln, um die Mobilität für alle zu sichern

So können einerseits Verbesserungen im motorisierten Individualverkehr hergestellt werden; insbesondere durch die Optimierung der Verkehrssteuerung und -lenkung. Noch wichtiger ist jedoch

die digitale Vernetzung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Hier kommt der Gedanke ‚Mobility as a Service‘ ins Spiel.

Die entsprechenden Angebote – ÖPNV, Bikesharing, Carsharing, Radinfrastruktur, Fußgängerinneninfrastruktur – sind in Augsburg bereits vorhanden. Trotzdem besteht hier natürlich Potenzial, alles weiter zu

Smart City – die vernetzte digitale Stadt Augsburg

Das Smartphone erinnert daran, die richtige Mülltonne rechtzeitig rauszustellen. Anstatt alles vor Ort im Amt zu machen, in Zukunft von daheim aus digital? Digitalisierung bietet Städten wie Augsburg die Chance, immer vernetzter und schneller zu agieren.

Die App des Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebes (aws) erinnert schon heute nicht nur schlicht an Müllabfuhrtermine. Mit ihr können sämtliche Serviceangebote des AWS in Anspruch genommen werden: Zum Beispiel einen Sperrmüll-Termin buchen oder den nächsten Entsorgungscontainer suchen.

Die Augsburger Bürgerbüros entwickeln ihr digitales Angebot weiter. Termine online buchen, Wartezeiten verringern und so Termine schnell erledigen. Das geht schon heute. Auch können viele Vorgänge online durchgeführt werden. Voraussetzung sind hier entsprechende Funktionen des neuen Personalausweises.

Effizientes Abfallmanagement und die Energieversorgung passgenau abstimmen, dient dem Umweltschutz. Den Zugang der Bürger*innen zu Daten durch den Aufbau einer digitalen Infrastruktur zu verbessern, stärkt unseren Wirtschaftsstandort. Unser öffentlicher Raum wird immer stärker verdichtet. Digitalisierung kann diesen Prozess optimieren. In unserer Verwaltung können wir also Kosten einsparen und unsere Planungen zielgerichteter durchführen. Digitale Kommunikation im Zusammenspiel mit einem besseren Dialog-Management hilft uns, besser mit unseren Bürger*innen zusammenzuarbeiten und wirklich zu verstehen, was unsere Stadtgesellschaft bewegt.

Eierlegende Wollmilchsau Digitalisierung?

Ist also Digitalisierung das Allheilmittel aller Probleme? Bleiben wir im Bereich Mobilität und städtische Infrastruktur.

Autos können schon heute rein technisch gesehen autonom fahren. Die Frage ist: Werden so die Mobilitäts-Herausforderungen der Zukunft angepackt? Autonome Autos könnten in der Theorie erst Anna, die Ingenieurin morgens in ihr Büro fahren, dann selbstständig nach Hause fahren, um Ali und die Kinder für einen Ausflug abzuholen. Wo in vielen Haushalten alltäglich heute noch mehrere Autos gebraucht werden, genügt dann nur noch ein (autonomes) Auto. Viele Autos stehen momentan ganztags auf verschiedenen Parkplätzen: Daheim, beim Einkaufen, beim Arbeiten. So verbrauchen Parkplätze unglaublich viel Platz. Vor allem in Städten wie Augsburg, in denen Wohnraum und Grünflächen knapp sind, könnte so viel Platz gewonnen werden, da weniger Parkplätze notwendig wären.

So zumindest in der Theorie. Befürchtungen werden aber auch immer lauter, dass autonome Autos nur dazu führen, dass immer mehr Menschen komplett auf individuelle motorisierte Verkehrsmittel umsteigen. Ob ein Auto autonom fährt, mit Verbrennungsmotor oder voll elektrisch. Alle Autos nehmen Platz auf unseren Straßen ein, auch

können nicht alle Parkplätze umgebaut werden. Würden also autonome Autos immer mehr Menschen dazu animieren, nicht mehr den ÖPNV zu nutzen, zu Fuß zu gehen oder das Fahrrad zu nehmen?

Autonome Fahrzeuge in ÖPNV-Konzepten zu integrieren und so neue Räume im ÖPNV-Netz zu erschließen umgeht dieses Problem. Die Digitalisierung kann helfen, den Verkehrsfluss flüssig laufen zu lassen.

Digitalisierung darf aber nicht dem Gießkannensystem gleich, überall zum Einsatz kommen mit dem Ziel, alle Probleme und Herausforderungen zu lösen.

Digitalisierung in enger Vernetzung mit dem ÖPNV. Vernetzte digitale Park + Ride aber auch Bike + Ride Angebote schaffen. Digitalisierung konkret einsetzen, um ÖPNV komfortabler zu gestalten. Unsere Verwaltung effizienter, vernetzter und zugänglicher aufbauen. So kann Digitalisierung nachhaltig gelingen.

Dies kann aber nur Hand in Hand mit starken Datenschutzrechten aller Bürger*innen gehen. Datenschutz muss auch in vernetzten Systemen gewährleistet werden. Viele der hier vorgestellten Projekte, Ideen und Systeme können von Viren und Cyber-Angriffen betroffen sein. Vernetzte ÖPNV-Systeme und Apps machen Bürger*innen unter Umständen „gläsern“. Ihr Mobilitätsverhalten kann so schnell erfasst und ausgewertet werden.

Digitale Systeme, smarte Infrastruktur und die voranschreitende Digitalisierung werden unsere Stadt revolutionieren. Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Mobilitätszeitalter. Risiken und Probleme müssen wir hier frühzeitig beachten und reflektieren. Datenschutz fest verankern. Dann können wir die Vorteile der Digitalisierung voll nutzen.

Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Mobilitätszeitalter



Wir gestalten die digitale Welt

– von Claudia Roth



Schnelles Internet ist die Voraussetzung für Teilhabe in der digitalen Gesellschaft

Die Digitalisierung verschiedener Bereiche wie Wirtschaft, Mobilität und Verwaltung schreitet in Deutschlands Regionen sehr unterschiedlich voran. Ziel unserer Politik ist es daher Maßnahmen zu erarbeiten, um allen Menschen Teilhabe an der digitalen Gesellschaft zu ermöglichen. Demokratische Grundwerte und die konkreten Belange der Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Digitalpolitik. Das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Chancengleichheit – das sind unsere Konzepte

für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government, offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit,

Nachhaltigkeit und Demokratie, dafür gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen. Die letzten Jahre der Großen Koalition waren digitalpolitisch verlorene Jahre. Die Bundesregierung hat sich

mit ihrer visionslosen Digitalen Agenda in einem Wirrwarr konkurrierender Ministerien und wirtschaftlicher Partikularinteressen blockiert. Wir wollen ein freies und sicheres

Netz im gesamtgesellschaftlichen Sinne aktiv gestalten, statt nur zu verwalten.

Investitionen in Gigabitnetze in Deutschland voranbringen

Schnelles Internet ist die Voraussetzung für Teilhabe in der digitalen Gesellschaft und eine innovative Wirtschaft. Trotz vollmundiger Versprechen liegt Deutschland beim Glasfaserausbau auf dem vorletzten Platz von 28 Vergleichsstaaten. Wir streben flächendeckend Glasfaser bis zu jeder Haustür (FTTB) an – keinen Flickenteppich mit lobbygetriebenen Übergangstechnologien wie Vectoring oder LTE. Wir haben ein konkretes Ziel und fordern statt erst am Sankt-Nimmerleins-Tag: bis 2021 75 Prozent aller Haushalte mit Glasfaseranschlüssen versorgen und die restlichen mit mindestens 50 Mbit/s. Hierfür müssen wir Geld in die Hand nehmen: Wir wollen die Telekom-Aktien des Bundes verkaufen und den Erlös für den Internetausbau nutzen. In rund der Hälfte der betroffenen Gebiete ist ein Ausbau nicht rentabel. Ein Einspringen des Bundes ist daher unerlässlich. An der staatlichen Breitbandinfrastrukturgesellschaft können sich kommunale Unternehmen beteiligen. Der Bund würde im Rahmen dieses Modells (Mit-)Infrastrukturinhaber, jedoch nicht Diensteanbieter.

Digitaler Wandel in der Arbeitswelt

Die disruptive Kraft der Digitalisierung kann auf den Arbeitsmarkt wirken – nicht nur, aber durchaus auch im Guten. Umso mehr kommt es auf die Gestaltung sicherer und guter Arbeitsverhältnisse von heute und für morgen an. Hier ist Weiterbildung ein wichtiger Schlüssel. Mit der grünen Bildungszeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, haben wir einen Vorschlag für ein passgenaues Angebot. Wir wollen individuelle flexible und familienfreundliche Arbeit durch ein Recht auf Home-Office ermöglichen. Mit einer flexiblen Vollzeit können Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang bedarfsgerecht anpassen. Die betriebliche Mitbestimmung muss gestärkt werden, um die Chancen der Digitalisierung zur Interessenvertretung einfacher zu nutzen. Die zahlreichen GründerIn-



nen und digitalen Selbständigen wollen wir mit geringeren Mindestbeiträgen für Kranken- und Pflegeversicherungen sehr deutlich entlasten, sowie eine freiwillige Arbeitsversicherung für Selbständige und Wahltarife.

Schutz der Privatsphäre im Netz sicherstellen

Mit der auch von den Grünen im Europaparlament maßgeblich vorangetriebenen EU-Datenschutzgrundverordnung haben wir einen Meilenstein erreicht. Dafür gilt es auch die Aufsichtsstrukturen personell und rechtlich deutlich zu stärken. Das Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung muss mit Leben gefüllt werden. Die Menschen entscheiden selbst, wer welche Daten sammeln und auswerten darf. Die Grundsätze des Datenschutzes – Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung und Datensparsamkeit – müssen auch online konsequent durchgesetzt werden. Datensparsamkeit ist nun nicht nur national, sondern auch europäisch festgeschrieben – und das aus gutem Grund mit Blick auf unsere Bürgerrechte wie auf die IT-Sicherheit. Sparsamkeit und Erforderlichkeit sind künftig bei der Auswahl und der Ausgestaltung der IT zu berücksichtigen.

Digitalisierung in Unternehmen

Grundbedingung ist der schnelle und flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes. Deutsche Unternehmen erleiden aber auch Milliarden Schäden durch IT-Angriffe. Die staatliche Pflicht zur Gewährleistung der IT-Sicherheit wurde bisher vernachlässigt und auch die Unternehmen müssen oftmals für die steigende Bedeutung der IT-Sicherheit stärker sensibilisiert werden. Insbesondere für mittelständische Unternehmen wollen wir deshalb ein IT-Beratungsnetzwerk für den digitalen Wandel einrichten, dessen Beraterinnen und Berater IT-Sicherheit überprüfen, anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge geben und Empfehlungen dafür aussprechen, wie sich Mittelständler bei Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zukunftsfähig aufstellen können. Deutschland ist weit abgeschlagen bei der elektronischen Behördenkommunikation (E-Government). Das wollen wir mit einem einheitlichen Portalverbund für alle elektronischen Verwaltungsvorgänge ändern.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Ein weiteres Thema für die Grüne Bundestagsfraktion ist die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Hier stehen wir in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern noch am Anfang. Damit sich das ändert, wollen wir Blockaden überwinden und Patientinnen und Patienten zu Spielmachern der Digitalisierung machen. Wir wollen dazu die elektronische Patientenakte vorantreiben. Sie gewährleistet zum Beispiel, dass die Versicherten selbst über die Verwendung ihrer Daten entscheiden können und besser in ihre Behandlung eingebunden werden. Wir wollen telemedizinische Angebote ausbauen, um die Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen zu verbessern.

Digitalisierung als wichtige Querschnittsaufgabe

Digitalisierung ist eine der wichtigsten Querschnittsaufgaben für die Zukunft einer modernen Gesellschaft. Wir wollen gestalten und nicht verwalten, wie wir im Digitalen gut leben, arbeiten, forschen und wirtschaften können und zwar grenzübergreifend. Gerade angesichts der technologischen Dynamik mit ihren immensen Chancen wie Risiken steht der Mensch mit seinen Grundrechten und Belangen im Mittelpunkt unserer Digitalpolitik. Die große Koalition hat in den letzten Jahren kaum einen Fortschritt hinbekommen und sich selbst blockiert. Es fehlt an einer Vision für die digitale Zukunft unserer Gesellschaft. Die Grüne Bundestagsfraktion setzt sich deshalb ein für eine digitale Welt, in der wir Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, Teilhabe, Nachhaltigkeit und Innovation in Einklang bringen.

Wir wollen die elektronische Patientenakte vorantreiben



Digitalisierung - Chance für eine nachhaltige Stadtentwicklung?

– von Martina Wild

Klimawandel, Flächenverbrauch, Urbanisierung und Digitalisierung stellen die Städte vor enorme Herausforderungen. Mit einer nachhaltigen und integrierten Stadtplanung besteht die Chance, die Grüne Stadt der Zukunft so zu gestalten, dass ressourcenschonendere, bedarfsgerechtere und lebenswerte Lösungen vor Ort umgesetzt werden - Stichwort Smart City.

Get Smart City

“Smart City” ist ein Sammelbegriff für Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen,

Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, ökologischer, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Zu technischen Innovationen hinzu kommen Konzepte des Teilens (Share Economy) und der

Bürgerbeteiligung, die zum nachhaltigeren und damit besseren Leben in der Stadt beitragen.

Konkreter gesagt, fallen darunter der Aufbau einer modernen, effizienten und intelligenten Infrastruktur; die Integration von lebensnahen Informations- und Kommunikationstechnologien; eine zentrale Rolle der Mitgestaltung durch Bürger*innen und die damit zusammenhängende Zugänglichkeit von Daten der Stadtverwaltung; eine Offenheit und Raum für Experimente für Stadtplaner*innen;

sowie eine gesamtstädtische Implementierung der Smart City Programme.

Ein Beispiel für Smart City ist das „intelligente Stromnetz (smart grid)“. Ziel ist es dabei, die dezentrale Erzeugung, Speiche-

rung und Nutzung von Energie aufeinander abzustimmen, zu steuern und auf diese Weise den Stromverbrauch zu optimieren.

Auch im Bereich der kommunalen Wirtschaft kann Digitalisierung Chancen bieten. Hier können Kommunen regionale und kommunale Dienstleister aller Art – vom Handwerksbetrieb über soziale Dienste, Einzelhandelsgeschäfte und Freizeitangebote – in einer kommunal betriebenen, regionalen Plattform oder app (wie regional.tirol oder RegioApp) zusammenbringen.

Wichtig ist die Digitalisierung auch im Verkehrsbereich. Hier besteht die Chance, den öffentlichen Nahverkehr mit Carsharing, Mitfahrgelegenheiten, Leih- und Lastenfahrrädern und E-Mobilitätsangeboten zu verknüpfen. So entsteht eine attraktive, flexibel kombinierbare und bequem nutzbare Mobilität, die wiederum unserem Stadtklima und der CO₂-Einsparung zu Gute kommt.

Diese Beispiele zeigen, dass die Digitalisierung in einer Kommune viele Lebensbereiche betrifft. Sie eröffnet völlig neue Möglichkeiten, Informationen und Dienstleistungen aller Art in vernetzter, leicht zugänglicher Weise anzubieten, sowie Prozesse effizienter zu machen, Ressourcen zu schonen und Schadstoffe zu vermeiden. Die Chancen und Risiken, die hierin liegen, müssen aber genau betrachtet werden, um zu entscheiden, welche Lösungen vor Ort auch tatsächlich umsetzbar sind.

Digitalisierung braucht politische Gestaltung

Viele Smart City-Projekte erfordern oft – zumindest mittelfristig – einen höheren Investitions- und Personalaufwand und einen hohen Ressourcenverbrauch. Drei Beispiele:

Online-Bürgerportale

Viele Bürger*innen begrüßen Online-Bürgerdienste, wollen gleichzeitig aber auch, dass das Bürgerbüro mit der persönlichen Kundenbetreuung geöffnet bleibt. Klar

Die Grüne Stadt der Zukunft ressourcenschonend gestalten



ist, dass diese Doppelstrukturen Geld kosten.

Wir wollen Transparenz und Mitbestimmung durch die Bürger*innen. Deshalb gilt es, Zugang für Alle, also für "Digital Natives" und "Non Digital Natives", zu schaffen.

Ressourcenverbrauch

Digitalisierung erfordert immer mehr Rechenzentren und IT-Infrastruktur, Strom und Ressourcen. Auf der anderen Seite bieten digitale Anwendungen enorme Energieeinsparungsmöglichkeiten: Intelligente Stromnetze sind mit Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende, das Smartphone wird zur Mobilitätszentrale, intelligente Sensoren helfen Energie zu sparen im Haushalt und in der Produktion. Ist die Digitalisierung nun ökologisch betrachtet gut oder schlecht für unseren Planeten?

Digitalisierung und trotzdem alles so weiterlaufen lassen wie bisher ist kontraproduktiv, denn dabei werden mögliche Einsparpotentiale wieder aufgezehrt. Wir müssen die Potentiale der Digitalisierung klug einsetzen, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren.

Verkehrswende

Für die Verkehrswende könnte die Digitalisierung einen großen Beitrag leisten, wenn konsequent ein vielfältiges, ökologisches und bedarfsorientiertes Mobilitätsangebot zur Verfügung gestellt und dieses per App bequem nutzbar gemacht wird. Wenn uns hingegen keine Verkehrswende vom MIV hin zum ÖPNV gelingt und die Digitalisierung nur das Autofahren noch bequemer macht, werden wir ökologisch nichts gewinnen.

Deshalb eine klare Positionierung pro digitalem Ausbau verbunden mit Fokussierung auf den Ausbau des ÖPNV.

Augsburg als Smart City

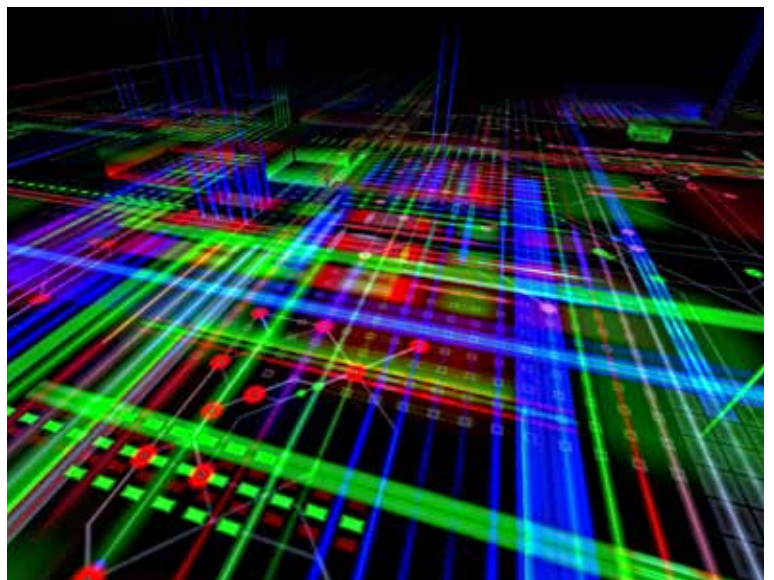
Wir GRÜNE wollen die Chancen nutzen, um eine nachhaltige und ökologische Stadtentwicklung umzusetzen. Wir wollen eine Stadt, die lebenswert ist, weil sie die Bedarfe der gesamten Bürgerschaft in den Mittelpunkt stellt und ihnen vielfältige Aufenthalts-, Grün- sowie Wohnräume zur Verfügung stellt. Unsere Stadt ist offen, weil sie Digitalisierung nutzt, um Integrationskräfte zu stärken, ein lebenslanges Lernen zu fördern und demografische Herausforderungen sowie soziale und ökonomische Ungleichgewichte und Ausgrenzungen auszugleichen. Gleichzeitig werden dabei demokratische Strukturen und Prozesse gestärkt und gesichert. Wir wollen eine kli-

maneutrale und ressourceneffiziente Stadt, die umweltfreundliche Mobilitäts-, Energie-, Wärme-, Wasser-, Abwasser-, und Abfallkonzepte fördert und so zu einer CO2-neutralen, grünen und gesunden Kommune beiträgt. Und unsere Stadt ist dadurch wettbewerbsfähig, dass sie Digitalisierung gezielt einsetzt, um die lokale Wirtschaft und neue Wertschöpfungsprozesse zu stärken.

Transparenz und Mitbestimmung für alle ermöglichen: digital und analog

GRÜNE Forderungen für Augsburg

- Erarbeitung eines Konzeptes für „Smart City Augsburg“ auf der Grundlage der Smart-City-Charta
- Entwicklung einer zukunftsorientierten Smart-City-Strategie im Dialog mit Bürger*innen, Wirtschaft, Verwaltung und Hochschule
- Digitale und analoge Verfahren sowie informelle und formelle Beteiligungsverfahren nutzen, verzahnen und aufeinander aufbauen.
- Pilotprojekte und Modellquartiere
- Bedarfs-, Risiko- und Wirkungsanalysen durchführen
- Bedarfsgerechte Finanzierung zur Gestaltung der digitalen Transformation sicherstellen



AUS DEM LANDTAG

Digitalisierung - gute Lösungen für alle!

– von Christine Kamm



Hoffentlich bald vorbei sind die Zeiten, in denen manche derjenigen, die Immobilien für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, zur Bedingung machen, dass kein Internet genutzt werden darf, WLAN in staatlichen Unterkünften fehlt oder Flüchtlinge argwöhnisch bei der Nutzung eines Handys beobachtet werden.

Geflüchtete haben ein besonders großes Kommunikationsbedürfnis

Fast täglich informieren sich viele über die Situation ihrer Angehörigen in dem Kriegsland, aus dem sie geflohen sind. Aber auch für die Integration hier ist der Zugang zum Internet unverzichtbar. Wie findet man den Weg zur Ausländerbehörde, zum Arzt, zum Gesundheitsamt, wann fährt der Bus? Der Informationsbedarf der Ankommenden ist unendlich, und die Deutschkenntnisse reichen längst nicht für alle Behördenformulare. Auch für unsere Stadt und unsere Gesellschaft, für möglichst schnelle Integration ist es wichtig, ankommenden Menschen in unserer Stadt möglichst schnell alle relevanten Informationen in ihrer Landessprache zur Verfügung stellen. Broschüren und Infoblätter erreichen längst nicht alle und sind schnell veraltet.

Innovation aus Augsburg

Um so erfreulicher ist, dass ein junges Entwicklerteam bei Tür an Tür in Augsburg mit Integreat eine App entwickelt hat, die auf kommunaler Ebene alle relevanten Informationen mehrsprachig an die neuzugewanderten Menschen weitergibt. Integreat ist mehr als nur ein Wegweiser in den ersten 14 Tagen. Es ist ein ganzheitliches

Servicesystem für Städte, Landkreise und Initiativen zur Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund. Innerhalb der ersten Tage unterstützt die App mit Adressen, Tipps und Hinweisen zu Abläufen und den nächsten Schritten. Doch auch in der Zeit der Integration, die mehrere Jahre dauern kann, gibt es aktuelle und dynamische Informationen zu lokalen Infoangeboten und Änderungen vor Ort.

Über die Informationen, die in den ersten Wochen und Monaten benötigt werden, kann Integreat der permanente Begleiter für die nachfolgenden Schritte, wie das Lernen der deutschen Sprache, die Suche der eigenen Wohnung und den Eintritt in den Arbeitsmarkt sein. Schnittstellen zur IHK oder HWK, sowie Vernetzungswshops für die kommunalen Partner ergänzen das Informationsangebot. Detaillierte Informationen findet man unter:

www.integreat-app.de

Die App Integreat ebnet den Weg durch den Behördenschwungel. Und wir freuen uns über den innovativen Beitrag aus Augsburg, der natürlich nicht nur Migrant*innen wichtige Hilfen bietet.



Für die Inhalte dieser Seite ist die Landtagsabgeordnete Christine Kamm verantwortlich.

Chancen für Flexibilisierung nutzen, Arbeitnehmer*innen- und Arbeitsschutzrechte verteidigen, Sozial- und Arbeitsstandards weiterentwickeln

– von Martina Wild und Antje Seubert

Die Digitalisierung macht sich auch im Arbeitsalltag bemerkbar. Sie wirkt sich aus auf die Art, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren, wie unsere Arbeitsplätze und Arbeitszeiten gestaltet werden und wie wir produzieren und konsumieren. GRÜNE Leitlinie ist hierbei - wie in anderen Bereichen auch - die Chancen der Digitalisierung zu nutzen aber gleichzeitig die Risiken gerade für die Arbeitnehmer*innen zu erkennen und entsprechend gegenzusteuern.

So ermöglicht die Digitalisierung beispielsweise, dass Beschäftigte ihre Arbeit nicht nur von einem Platz aus erledigen können - Stichwort Homeoffice - und nicht nur zu bestimmten Zeiten - Stichwort flexible Arbeitszeiten. Hierin liegt eine Chance für Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, da flexibler auf die jeweiligen Bedürfnisse eingegangen werden kann, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt wird und beispielsweise Arbeitsplätze in der Verwaltung, in den Büros mehrfach genutzt werden können (Einsparungseffekt). Aus den Möglichkeiten von "Homeoffice" und "Flexibilisierung der Arbeitszeiten" ergeben sich aber auch zweifellos neue Herausforderungen. So kann "Flexibilisierung" u.U. zu dauerhafter ständiger Verfügbarkeit und Mehrarbeit führen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit, sowie zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung können verschwimmen.

GRÜNE Forderungen

Die Mitbestimmungsregeln müssen strikt eingehalten werden. Gemeinsam mit den Personalvertretungen und den betreffenden Mitarbeiter*innen sollen die Möglichkeiten von "Homeoffice" und "flexiblen Arbeitszeiten" für die jeweiligen Dienststellen geprüft und ggf. interessierten Beschäftigten angeboten werden. Es muss dabei klare Regelungen geben um die o.g. Gefahren und Nachteile für die Beschäftigten zu verhindern, es braucht klare Dienstvereinbarungen

Die Stadt muss sich an der Qualifizierung

der Mitarbeiter*innen beteiligen: mehr Ausbildung, mehr Fortbildung, mehr Durchlässigkeit im öffentlichen Dienst

Von der Bundes- und Landesebene müssen geltende Sozial- und Arbeitsstandards für die digitale Arbeitswelt weiterentwickelt und das Recht auf informelle Selbstbestimmung mit einem effektiven Beschäftigtendatenschutz und entsprechenden Mitbestimmungsrechten ausgebaut sowie klare arbeitsrechtliche Vorgaben festgelegt werden. Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat einen umfassenden Antrag - "Arbeit 4.0 - Arbeitswelt von morgen gestalten" - hierzu eingebracht (Drs: 18/10254).

Das Thema Arbeit 4.0 betrifft auch die Berufsausbildung.

Ausbildungsbetriebe müssen sich individuell und schnell auf die aus der Digitalisierung entstehenden Anforderungen einstellen. In unserem dualen System betrifft dies natürlich auch die Berufsschulen, für die die Kommune Verantwortung trägt. Wir wollen daher, dass die Kommunen dafür sorgen, dass die beruflichen Schulen mit der Digitalisierung Schritt halten können, sowohl was ihre technische Ausstattung angeht, als auch die Vermittlung neuer, entsprechend angepasster Lerninhalte. An den hohen Finanzierungskosten müssen sich auch hier Bund und Land viel stärker beteiligen.

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen geht davon aus, dass allein die Berufsschulen 500 Millionen Euro jährlich für die Digitalisierung benötigen und dass dafür der DigitalPakt#D nicht ausreicht.





IMPRESSUM

Infobrief der Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Augsburg
Rathausplatz 2, 86150 Augsburg
Tel: 0821/324-4369
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de

Redaktion: Silvia Daßler, Michi Hegele, Michael Rill-
Pindel, Martina Wild

V.i.S.d.P.: Martina Wild, Fraktionsvorsitzende
Produktion: SENSER-DRUCK GmbH, Augsburg



Klimaneutral gedruckt
mit Bio-Farben, Öko-Strom und
chemiereduziert auf
100 % Recyclingpapier.